

KURZ NOTIERT

von Ariane Grubauer

Die Autorin ist Absolventin des Masterstudiengangs »Southeast Asian Studies« und Lehrbeauftragte an der Universität Passau.

■ Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2014 stellten ein Novum für viele Indonesier mit körperlichen Behinderungen dar – zahlreiche erstmals durchgeführte Maßnahmen sollten es ihnen erleichtern, ihr Stimmrecht auszuüben. Unter anderem wurden Wahlzettel in Braille-Schrift ausgegeben und deren Nutzung in speziellen Unterrichtseinheiten vor den Wahlen vermittelt. Nach Angaben des *Centre for Integration and Advocacy for People with Disabilities* (SIGAP) verliefen die Wahltag e zwar nicht ganz problemlos – manche Wahlbüros waren nicht barrierefrei oder

die Wahlzettel in Braille-Schrift nicht vorhanden – die Tatsache aber, dass die Organisation als offizieller Beobachter tätig sein konnte und eine öffentliche Diskussion über das Thema stattfand, sei ein wichtiger Schritt in der Unterstützung behinderter Menschen bei der Wahrnehmung ihrer politischen Rechte. Auch für Menschen mit geistigen Behinderungen und psychischen Erkrankungen zeichnen sich Verbesserungen ab. Ein Anfang Juli 2014 vom Parlament verabschiedetes Gesetz verbietet explizit das Fesseln von geistig behinderten und psychisch kranken Men-

schen – bis heute eine weit verbreitete Praxis in Indonesien. Auch der Ausbau von entsprechenden Gesundheitseinrichtungen soll vorangetrieben werden. Das Gesundheitsministerium bezifferte 2013 die Zahl der Indonesier, welche an psychischen Störungen wie Depressionen oder Angststörungen erkrankt sind, auf 16 Millionen; dies entspricht etwa sechs Prozent der Bevölkerung. An schweren psychischen Störungen litten nach Schätzungen des Gesundheitsministeriums etwa 400.000 Menschen.

Inside Indonesia 9.7.2014

Jakarta Globe 13.7.2014

■ Ein neuer Kurs hinsichtlich religiöser Toleranz?

Der seit 9. Juni 2014 amtierende indonesische Religionsminister Lukman Hakim Saifudin scheint religiöse Offenheit und Toleranz fördern zu wollen. Mitte Juli 2014 lud er mehrere Vertreter von nicht staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften zum gemeinsamen Fastenbrechen ein – unter ihnen Angehörige der muslimischen Minderheitengruppen Ahmadiyya und Schia, aber auch Vertreter indigener Religionsgemeinschaften wie der Sunda Wiwitan und Batak Parmalin. Er versprach, Regierungsverordnungen daraufhin zu unter-

suchen, ob und inwiefern sie der verfassungsmäßig garantierten Religionsfreiheit widersprechen. Gleichzeitig wurde im Juli 2014 in verschiedenen indonesischen Medien spekuliert, ob der neue Religionsminister die Bahai als offizielle Religionsgemeinschaft anerkennen lassen wolle. Dies dementierte Lukman jedoch für den Moment; er hätte lediglich gesagt, dass sich das Bahaitum in einigen Ländern zu einer Religion entwickelt habe, so dass man deren Anerkennung für Indonesien untersuchen müsse, zitiert ihn *merdeka.com*.

Artikel 28e der indonesischen Verfassung garantiert jedem Bürger Glaubensfreiheit und die Ausübung seiner Religion. Derzeit sind aber nur der Islam, Katholizismus, Protestantismus, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus vom indonesischen Staat offiziell als Religionen anerkannt. Anhänger anderer Glaubensrichtungen können zwar grundsätzlich praktizieren, erleben im Alltag jedoch vielfach Diskriminierungen und Einschränkungen.

Jakarta Globe 21.7.2014

Jakarta Post 25.7.2014

merdeka.com 27.7.2014

■ Öffnung West-Papuas

Der neu gewählte indonesische Präsident Joko »Jokowi« Widodo hatte es während seines Wahlkampfes versprochen: Im Falle eines Wahlsieges wolle er die seit Jahrzehnten nur bedingt zugänglichen Provinzen Papua und West-Papua für ausländische Journalisten und NGOs öffnen. »Warum nicht? Es ist sicher hier und es gibt nichts zu verbergen«, sagte er. Jacob Rumbiak, ein politi-

scher Aktivist und Akademiker aus West-Papua, der heute im australischen Exil lebt, glaubt, dass Jokowi ebenso wie frühere Präsidenten nur vor dem Hintergrund des Zentralismus und der territorialen Integrität Indonesiens agieren kann. Trotzdem würden viele zivilgesellschaftliche Gruppen in West-Papua seine Wahl und seine Kampagne zur Öffnung des Landesteils begrüßen. Die eigent-

liche Herausforderung für den neu gewählten Präsidenten sei es jedoch, die grundlegenden Dispute hinsichtlich des politischen Status West-Papuas und der dort begangenen Menschenrechtsverletzungen anzugehen. Bis dahin gelte das alte Papua-Sprichwort: »Es ist ein altes Lied, gesungen von einem neuen Sänger.«

Jakarta Post 5.6.2014

Crikey 30.7.2014